



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/58 - 11. März 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

"Sünde und Verrat"	S. 1
Vorverlegung der dänischen Parlamentswahlen	S. 2
Dr. L. Katzelt; MdB.: Gefahr des Atomrausches	S. 3
Das Bündnis zwischen Politik und Wissenschaft	S. 6

"Sünde und Verrat"

sp - Immer wirrer werden die Reden der CDU-Minister. Ob das daran liegt, dass der Chef in Urlaub ist, oder daran, dass die Herren tatsächlich nicht mehr wissen, was sie sagen sollen, ist nicht ganz klar. Erhard will plötzlich den kletternden Ewigen mit "brutaler Gewalt" auf den Leib rücken. Schäffer beschwört seine eigenen Freunde, sie mügen doch so freundlich und vernünftig sein, und keine "ziellose, grenzenlose Defizitwirtschaft" durch Erfüllung von billigen Wahlversprechungen einreisen lassen. Und der Herr Strauß, der noch vor kurzen das "Beispiel Österreich" als möglicherweise gangbaren Weg der deutschen Politik kennzeichnete, haut jetzt wieder auf die NATO-Pauke, dass es nur so kracht. Für ihn ist der sozialdemokratische Vorschlag, das wiedervereinigte Deutschland in ein kollektives Sicherheitssystem mit Garantie der Grossmächte einzubauen, "nicht diskutabel". Aus der Lottensasse längst vergangener Zeiten werden jetzt sogar Sätze wie "Sünde und Verrat an eigenem Volk" in das Vokabularium des Wahlkampfes 1957 aufgenommen.

Nun, jeder soll so schlecht reden, wie er kann. Schliesslich kann man einem Mann, der nicht weit von Münchener Hofärzten gehört ist, kaum noch übelnehmen, dass er die Sprache spricht, die ihm zu gefallen scheint.

Aber ^{noch} so provokatorische Reden können nicht darüber hinweg, dass die Spitzenreiter der jetzigen Bundesregierung keine Antwort auf die vom ganzen deutschen Volk an sie gerichtete Frage haben, wie die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden kann. Die Verkämpfung des ausschliesslich militärischen Denkens, die Fundierung der deutschen Politik auf dem Ausspielen zwei einander gegenüberstehender Militärblöcke, hat uns der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur keinen Schritt nähergebracht, sondern sie sogar in steigendem Masse gefährdet. Die eigentliche Sünde und der wirkliche Verrat an eigenem Volk ist nicht die Forderung nach einer neuen Sicherheitspolitik für ganz Deutschland, sondern das hartnäckige Beharren im Verkennen unserer nationalen und europäischen Aufgabe.

Und die heisst immer noch und jetzt erst recht: Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas in Freiheit und Frieden. Ohne die Lösung dieser Aufgabe gibt es für das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze keine Sicherheit.

Gate Aussichten für die dänische Sozialdemokratie

R.H. Stockholm

Der dänische Ministerpräsident H.C. Hansen hat für den 14. Mai Neuwahlen zum Folketing, dem dänischen Einkammer-Parlament, ausgeschrieben. Die Wahlen waren spätestens im September fällig. Der Mai-Termin wurde wohl gewählt, weil die nach der Regierungsmacht strebenden bürgerlichen und bäuerlichen Oppositionsparteien schon jetzt sehr einseitig nachWahlgesichtspunkten handeln und dadurch die Parlamentsatmosphäre zu vergiften drohen. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung wäre in einer solchen Situation auf die Dauer in ihren Arbeitsmöglichkeiten zu sehr gehemmt gewesen.

In dem im September 1955 gewählten Folketing standen 74 Sozialdemokraten einer Oppositionsgruppe von 42 Venstre-Abgeordneten (Bauern) und 30 Konservativen gegenüber, die meist von den sechs Abgeordneten des Rechtsverbandes, einer kleinen bürgerlichen Partei, unterstützt wurde. Die sozialdemokratische Regierung musste sich daher oft durch Kompromisse die Unterstützung der 14 radikalen Abgeordneten erkaufen, um gegen die anderen Oppositionsparteien bestehen zu können. Es bedurfte immer wieder der auch von den Widersachern anerkannten einzigartigen Verhandlungskunst H.C. Hansens, um in dieser Zwangslage Erfolge zu erzielen. Die acht Kommunisten, der Vertreter der deutschen Minderheit und die je zwei Vertreter für Grönland und die Färöer-Inseln spielten bei diesen politischen Auseinandersetzungen im allgemeinen keine Rolle.

Bei den Wahlen 1953 hatte eine Splittergruppe unter Führung des ehemaligen Venstre-Politikers Knut Aristensen kandidiert und trotz 58.522 Stimmen kein Mandat errungen, während die Kommunisten z.B. bei 93.706 Stimmen acht Folketing-Sitze besetzten. Die Opposition rechnet offensichtlich mit der Zurückgewinnung der Kristensen-Stimmen. Sie greift die Regierung vor allem wegen der Wirtschaftspolitik an, obwohl die un günstige Entwicklung der Preisrelation zwischen Einfuhr und Ausfuhr - eine der Hauptursachen der Devisennot - auch von einer bürgerlichen Regierung nicht hätte verhindert werden können. Das gleiche gilt von der schlechten Ernte 1955, welche kostspielige Futtermittel-Einfuhren erforderte. Das Argument der Opposition, dass die Bevölkerung zuviel konsumiere, also zuviel verdiene, ist zwar in der Diskussion bisher fleißig gebraucht worden, dürfte aber in der Wahlpropaganda aus naheliegenden Gründen zurücktreten.

Die Sozialdemokraten haben im Januar 1957 während ihres - 3 -

17. März 1957

in Kopenhagen ihre Ansichten über die Gesellschaftsentwicklung in einem aktuellen Arbeitsprogramm dargelegt, welches die Wirtschaftspolitik, den Ausbau des modernen Sozialstaates und ein Kulturprogramm umfasst. Die Partei will die Vollbeschäftigung und den Export fördern, in Zusammenarbeit mit allen Partnern der Wechselwirkung zwischen Preis- und Lohn-Steigerungen entgegenwirken, neue Energiequellen (Atomkraft) erschliessen und bei grossen Investitionen eine Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft anstreben. Eine neue Steuergesetzgebung soll grössere soziale Gerechtigkeit schaffen und insbesondere die Ausgaben für die Kindererziehung berücksichtigen. Die Versicherung gegen Unfälle, Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie die Invaliden- und Witwen-Versorgung sollen ausgebaut werden. Eine Schulreform soll dazu führen, dass weder geographische Hindernisse noch Geldmangel die Ausbildungsmöglichkeiten der Jugend beeinträchtigen. Besondere Augenmerk soll dem Ausbau der Berufs- und Hochschulen sowie der Universität gewidmet werden.

Mit diesem Programm hat die Sozialdemokratie einen guten Wahlstart. Sie wird möglicherweise unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn von den Kommunisten Stimmen gewinnen, obwohl diese in Zusammenhang mit den schweren Arbeitskonflikten im vorigen Jahre versucht hatten, der Sozialdemokratie den Boden abzugraben. Die Aussenpolitik dürfte in Wahlkämpfe nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dagegen dürften die günstigen Auswirkungen der guten Ernte 1956 (weniger Futtermittel-Einfuhren, mehr Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte) sowie der während der letzten Monate wahrnehmbare Produktionsaufschwung, insbesondere in der Verbrauchsgüter-Industrie (auch Export), zu einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage führen und der Opposition den Wind aus dem Segel nehmen.

* * *

Mit Bedacht in das Atomzeitalter eintreten!

Dr. L. Ratzel, M.A.B.

Auch mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie betreten wir in vielerlei Hinsicht Neuland. Wir können dem Atomzeitalter wohl nicht ausweichen; aber wir sollten uns trotzenden Schritt genau Überlegen, ebenso welches Tempo wir vorlegen können bzw. müssen. Man begründet die Dringlichkeit unseres Eintritts in das Atomzeitalter vor allem mit dem ständig steigenden Energiebedarf, der in relativ kurzer Zeit durch die klassischen Energieträger nicht mehr gedeckt werden könne.

Bei den Gefahren und Risiken, die auch die friedliche Nutzung

11. März 1957

der Atomenergie mit sich bringen kann, scheint es doch wohl vernünftig zu sein, genau zu überprüfen, zu welchem Zeitpunkt wir unbedingt zusätzlich zu den herkömmlichen Energieträgern die Atomenergie benötigen. Man sollte auch anderen Möglichkeiten, neuartige Energiequellen zu erschliessen, die notwendige Aufmerksamkeit widmen, zum Beispiel der Ausnutzung der Sonnenenergie. Ebenso scheint es vernünftig zu sein, alle Versuche zu fördern, die darauf abzielen, höhere Wirkungsgrade bei den klassischen Energieträgern zu erreichen.

Die Gefahr privatwirtschaftlicher Atomexperimente

Also mit Bedacht in das Atomzeitalter eintreten und nicht in einen Atomrausch verfallen! Dass es so etwas gibt, möchte man aus den allzu vielen Reaktorprojekten in der Bundesrepublik schliessen. Wir sollten nüchtern genug sein, um zu wissen, dass wir in einem solchen Rauschzustand unsere künftige Sicherheit verspielen können. Deshalb auch in Deutschland wie in England und den USA keine privatwirtschaftlichen Atomexperimente! Es ist eine Illusion, wenn die Bundesregierung glaubt, dass nur dann weiterhin Hoffnung besteht, den Vorsprung anderer Staaten auf dem Gebiet der friedlichen Erzeugung und Nutzung der Kernenergie aufzuholen, wenn das von ihr vorgesehene gewerberechtliche Genehmigungsverfahren im Entwurf des Atomgesetzes erhalten bleibt und nicht durch ein staatliches Konzessionierungsverfahren ersetzt wird.

Wenn wir den Vorsprung der anderen Völker aufholen wollen, dann kommt es entscheidend darauf an, welche Investitionen der Staat auf den Gebieten der Forschung und der Nachschulung vornehmen wird. Hier also fällt die Entscheidung. Als wir im vergangenen Sommer mit einer Gruppe der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft die englische Atombehörde besuchten, hat man uns dort erklärt, dass die Grundlagenforschung auf dem Atomgebiet allein durch die Atombehörde durchgeführt würde, da sie für die Industrie viel zu teuer sei. Glaubt denn jemand ernstlich, es würde bei uns anders sein?

"Freier Wettbewerb?"

Wir sehen jedoch eine grosse Gefahr für die künftige Sicherheit des deutschen Volkes, wenn in der Bundesrepublik entgegen den Prinzipien der führenden Industrienationen des Westens am Anfang des Atomzeitalters dergewohnte freie Wettbewerb steht. Dann wer wird ausser den grossen Chemiekonzernen schon frei sein? Ein Wettbewerb jedoch, der von rein wirtschaftlichem Gewinnstreben beeinflusst wird, bedeutet auf dem Atomgebiet eine Gefährdung der Bevölkerung. Darüber besteht wohl kein Zweifel. Was wissen wir über die Sicherheit der Reaktoren? Welches Risiko gehen wir bei ihrer Errichtung ein? Kann oder will uns die Regierung hierüber aufklären? Das sind entscheidend wichtige Fragen, die wir mit einem gewissen Grade von Sicherheit beantworten müssen, wenn wir das Atomgesetz verabschieden wollen. Interessant ist die Diskussion der Amerikaner über dieses Thema. Prof. Edward Teller, der Schöpfer der H-Bombe, sagt dazu folgendes:

1. Der Schutz der sich ausserhalb des Reaktors befindlichen Bevölkerung ist eine moralische Pflicht.
2. Dieser Schutz ist weit schwieriger als bei der chemischen Industrie, da entweichende radioaktive Substanzen grosse Flächen vergiften können und radioaktive Gifte un-
- 5 -

bis Milliardenfache gefährlicher sind als chemische Gifte; sie können zudem nicht neutralisiert werden.

3. Es gibt noch keinen narrensicheren Reaktor. Aber für jedes physikalische und chemische System gibt es einen Narren, der in der Lage ist, es zu zerstören.
4. Selbst wenn bei einem Unglück keine Person getötet wird, kann es erforderlich sein, eine ganze Stadt zu evakuieren und das Gelände für Jahre hinaus zum Sperrgebiet zu erklären.

Der kanadische Reaktor NRX ging bereits zweimal durch, nämlich 1952 und 1955. 1952 hatte man das Glück, dass sich die radioaktive Explosionswolke bei anhaltender Windstille wieder auf das Reaktorgelände senkte. 1955 liefen 4000 cbm hochaktives Wasser aus, das auf weit entferntes Ödland zum Versickern gepumpt werden musste.

Sicherheitsfaktor nicht herabsetzen

Betriebsunfälle sind immer möglich, sei es infolge des Versagens von Sicherheitsvorrichtungen, sei es infolge menschlicher Unzulänglichkeit. Worum es hier geht, ist: Sätzen wir den Sicherheitsfaktor nicht noch dadurch herab, dass wir auf einem wissenschaftlichen und technischen Weiland, das anerkanntermaßen nicht ungefährlich ist, die Gefahr durch einen sogenannten freien Wettbewerb erhöhen. Dass unsere Befürchtung nicht unbegründet ist, zeigt die Tatsache, dass im Atomgesetzentwurf der Bundesregierung die Höchstbeträge für Haftung auf 25 Mio DM begrenzt wurden, obwohl allem Anschein nach die Bundesregierung noch keine genauen Unterlagen über das mögliche Risiko hat. Das zeigt sich darin, dass man augenblicklich erneut Gutachten einholt. Nach unseren Kenntnissen beträgt die entsprechende Haftung in der USA das Zehnfache, und es werden dort Erwidungen angestrebt über eine mögliche Staatsgarantie, wie es ja auch der Atomplan der SPD vorsieht. Wir hoffen nicht, dass bei der Festsetzung der Höchstbeträge nur die Absicht bestimmend war, der Privatwirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit einen maximalen Gewinn zukommen zu lassen.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass der oberste Grundsatz allein der Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung ist und dass diesem Grundsatz alles untergeordnet werden muss. Wir sind hier mit Prof. Keller einer Meinung, wenn er sagt: Es ist unser Anliegen, dass ein schneller Fortschritt erzielt wird. Aber es soll genügend Vorsicht walten, so dass keine Katastrophe die fruchtbarere Reaktorenentwicklung hemmt. Unseres Erachtens ist die Frage des Strahlenschutzes vorrangig, vor allem auch im Hinblick auf den sich steigenden und unkontrollierten Gebrauch radioaktiver Isotope.

Bei der Vielfalt der Probleme, die das Atomgesetz aufwirft, erscheint es mehr als fraglich, ob dieser Bundestag noch in der Lage ist, das Gesetz zu verabschieden, vor allem dann, wenn er ein Gesetz machen will, das man mit gutem Gewissen verabschieden kann. Aber nicht mehr länger hinausschieben können wir die Strahlenschutzverordnung, nicht mehr länger hinausgeschoben werden darf eine großzügige Forschung auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Hier muss dringend und bald etwas geschehen.

11. März 1957

Die Mobilisierung des Geistes

RAP - Nach dem Münchener Parteitag der SPD im Juli 1956 hatte sich ein Arbeitskreis gebildet, der es sich zur Aufgabe machte, die auf dem Parteitag angesichts der zweiten industriellen Revolution erhobenen Forderungen zu verwirklichen. In seiner Zusammensetzung repräsentiert dieser Arbeitskreis im kleinen das gleichermaßen von der SPD erstrebte Bündnis zwischen Politik und Wissenschaft, das der Erhaltung von Frieden und Demokratie, sowie der Erringung von materiellen Wohlstand und geistiger Bildung für jedermann dienen soll: Geisteswissenschaftler, Naturwissenschaftler, Pädagogen, Techniker und Politiker.

Zweimal tagte der Arbeitskreis im Herbst 1956 und bereitete die Tagung sozialdemokratischer Parlamentarier vor, die dann am 7. und 8. Dezember 1956 in Düsseldorf stattfand unter der Devise "Mobilisierung des Geistes". Der Widerhall dieser Tagung in der Presse des In- und Auslandes war fast noch stärker als der des Münchener Parteitages, aber auch der Widerhall bei der deutschen Wissenschaft, der Pädagogie, der Technik, sowie bei der studierenden und noch nicht studierenden Jugend. Der Parteitag hatte die Forderungen gestellt, die Parlamentarierkonferenz machte konkrete Vorschläge und machte ihre Beschlüsse zu Aufträgen an die Politik.

Am 9. März 1957 ist der Arbeitskreis ein drittes Mal in Wiesbaden unter der Leitung von Wilhelm Hellies, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, zusammengekommen. Der hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn und der hessische Kultusminister Arno Hennig berichteten über den Stand der Diskussionen zwischen den Länderregierungen hinsichtlich des Kulturbedarfs der Länder, des aus diesen aufkommenden Finanzbedarf und den Möglichkeiten von dessen Deckung. Es hat sich dabei eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den von den sozialdemokratischen Sachverständigen errechneten Summen und den von den Länderregierungen angestellten Berechnungen ergeben.

Die Bundestagsabgeordneten Dr. Elinor Kubert und Dr. Ludwig Ratzel

berichteten vor dem Arbeitskreis über die Bemühungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Bundestages getan wurden, um die Forderungen der Düsseldorfer Parlamentarierkonferenz im Bundestag einzubringen und durchzusetzen. Was die beiden Abgeordneten berichten konnten, warf durchaus kein gutes Licht auf die jetzige Bundesregierung und auf die Parteien der Regierungskoalition, die offensichtlich in den Vorschlägen der SPD für eine grosszügige Förderung von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Sicherung des wissenschaftlichen, pädagogischen und technischen Nachwuchses nichts anderes erkennen können, als was sie selbst nun für sich machen wollten: einen Schlag für die bevorstehende Wahl zum Bundestag.

Willi Bichler, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, hatte dem Arbeitskreis einleitend berichtet über die Bemühungen gewisser Interessenten, der SPD den vermeintlichen "Schlag" zu entreissen. Sie reichen von scheinbaren Missverständnissen, Vermischungen, Verwechslungen einflussreicher Presseorgane hinsichtlich des von der SPD vorgeschlagenen Deutschen Forschungsrates, der als "Gewissen der Nation" beständig deren kulturelle und wissenschaftliche Bedürfnisse feststellen und formulieren soll, und der vorgeschlagenen Deutschen Kommission, die lediglich die bewilligten Mittel verteilen soll, bis zu dem geradezu berüchtigt gewordenen Brief des Bundesministers des Inneren, Dr. Schröder, an den Präsidenten des Bundestages, Dr. Gerstenmaier. Dieser dürftige Brief vom 15. Dezember 1956, allen Abgeordneten des Bundestages im Abzug zugestellt und im BULLETIN des Bundes-Presse- und Informationsamtes veröffentlicht, hat übrigens wiederum bewiesen, dass Lächerlichkeit noch nicht einmal politisch tötet.

Den Berichten vor dem Arbeitskreis schlossen sich solche von Vertretern verschiedener sozialdemokratischer Landtagsfraktionen sowie eine allgemeine Diskussion über zweckmässige Arten und Weisen der weiteren Aktivität auf diesem Gebiet an. Der Presse wurde ein Kommuniqué übergeben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel